

GEGEN NEUE HÜRDEN FÜR PSYCHISCH KRANKE MENSCHEN: BERUFSVERBÄNDE STARTEN PETITION

Machen Sie mit und unterstützen Sie die Petition!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Entwurf des neuen Gesundheitsgesetzes von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sieht einen sehr folgenschweren Eingriff in die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung vor:

Geplant ist eine „gestufte Steuerung“ von hilfesuchenden psychisch kranken Menschen. Das bedeutet: Ausgesuchte Behandler entscheiden dann in Voruntersuchungen, ob Menschen in Not überhaupt ein Hilfs- bzw. Therapieangebot erhalten, und falls ja, welches ihnen zukommt – Online-Programme zum Beispiel, Selbsthilfegruppen, Psychopharmaka oder Psychotherapie.

Psychisch kranke Menschen dürfen dann also nicht mehr direkt zum Psychotherapeuten, sondern müssen stattdessen in einer solchen Voruntersuchung gegenüber einem fremden Menschen, den sie nicht kennen und der sie dann auch nicht weiter behandeln wird, ihre Not umfassend darstellen, um entsprechende weitere Zuweisungen oder Behandlungsberechtigungen zu bekommen. Ausgerechnet jenen Menschen, die über oft enorme, hoch schambesetzte und intime seelische Belastungen sprechen müssen, wird ein Hürdenlauf zur Psychotherapie aufgebürdet. Ein neues Nadelöhr im Zugang zur Behandlung wird geschaffen.

Damit werden die freie Arztwahl und der freie Zugang zum Psychotherapeuten ausgehebelt. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren!

Mehrere Berufsverbände von Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen aller Fachgruppen (bvvp, DPtV und VAKJP) haben deshalb die beiliegende Petition gegen diesen diskriminierenden Eingriff in die Versorgung psychisch kranker Menschen im Deutschen Bundestag eingereicht.

Mit der Petition und Ihrer Unterschrift fordern sie die Bundestagsabgeordneten auf, dafür Sorge zu tragen, dass der geplante Zusatz in § 92, Abs. 6a, SGB V ersatzlos gestrichen wird.

Der Petitionstext lautet:

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den von der Bundesregierung am 26.09.2018 eingebrachten Entwurf zum Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz-TSVG) abzulehnen und an das zuständige Fachministerium zurück zu verweisen.

Alle, die für eine gerechte Gesundheitsversorgung eintreten möchten, sind jetzt aufgerufen, sich an dieser Petition zu beteiligen und einen zukünftigen Hürdenlauf zur Psychotherapie zu verhindern.

Bitte unterschreiben und verbreiten Sie die Petition in Ihrem Umfeld, sprechen Sie auch Nachbarn, Freunde, Kollegen oder Familienmitglieder an!

Wir haben vier Wochen Zeit, um möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Abgabetermin ist der 13.12.2018.

Hier können Sie auch **online unterzeichnen**:
https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2018/10/25/Petition_85363.html

Zusätzliches **Informationsmaterial und Unterschriftenlisten** zum Herunterladen oder zum **Teilen in sozialen Medien** finden Sie hier:
bvvp.de/aktuell

Kontakt

bvvp e.V. | Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten | Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31 | 10707 Berlin | Telefon: 030 88725954 | Fax: 030 88725953
eMail: bvvp@bvvp.de | www.bvvp.de